

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 25.09.2013,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Walter Langer
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Dirk von Polenz
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Dr. Marko Alexander Seelig
	Maren-Susan Toepler
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
Gleichstellungsbeauftragte:	Brigitte Kückens
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Jörg Kreikenbohm

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Umsetzung des Dangast-Konzeptes
- 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 19.06.2013**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsherrn Walter Langer im Rat der Stadt Varel**
- 6 **Berufung der Ersatzperson Dirk von Polenz in den Rat der Stadt Varel und förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung**
- 7 **Bekanntgabe über die Änderungen der bestehenden Gruppen und Fraktionen im Rat der Stadt Varel**
- 8 **Bildung des Verwaltungsausschusses**
- 9 **Neubesetzung von Ausschüssen der Stadt Varel**
- 10 **Hinzugewählte Ausschussmitglieder für den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales (§ 71 Abs. 7 NKomVG)**
- 11 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 11.1 **Verwaltungsausschuss vom 27.06.2013**
- 11.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 25.06.2013**
- 11.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 201 (Bereich zwischen Hafenstraße und Moorhausener Weg) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 11.2 **Verwaltungsausschuss vom 08.08.2013**
- 11.2.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 30.07.2013**
- 11.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 179, 2. Änderung (Großer Winkelsheidermoorweg/Glockenheide) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 11.2.1.2 Bebauungsplan Nr. 179 A (Großer Winkelsheidermoorweg/Glockenheide) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 11.2.1.3 Bebauungsplan Nr. 109, 3. Änderung (Parkplatz Krankenhaus) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 11.2.1.4 Bebauungsplan Nr. 64, 3. Änderung (Wendehammer Georg-Ruseler-Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 11.3 **Verwaltungsausschuss vom 29.08.2013**

- 11.3.1 Wahlvorschläge für die Wahl des Aufsichtsrates der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH
- 11.4 Verwaltungsausschuss vom 19.09.2013**
- 11.4.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.09.2013**
- 11.4.1.1 Aktualisierung der Windkraftpotenzialstudie für das Stadtgebiet Varel
- 11.4.2 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 11.09.2013**
- 11.4.2.1 Benennung von Straßen auf dem ehemaligen Kasernengelände
- 11.4.2.2 Verkauf der Obdachlosenunterkünfte Höntjebarg 64 und 66
- 11.4.2.3 Aufstellung von Kunstwerken im Bereich zwischen Schützenwiese und Innenstadt
- 11.4.3 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 16.09.2013**
- 11.4.3.1 Erwerb einer Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG
- 11.4.3.2 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013
- 11.4.4 Anträge an den Rat**
- 11.4.4.1 Änderung der Verordnung der Stadt Varel über Parkgebühren (Parkgebührenordnung)
- 11.4.4.2 Wahl der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters gem. § 80 NKomVG; hier: Festlegung des Wahltages
- 11.4.4.3 Änderungsordnung zur Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadt Varel
- 11.5 Verwaltungsausschuss vom 25.09.2013**
- 11.5.1 Beschluss des Rates vom 19.06.2013 - Umsetzung des Dangast-Konzeptes
- 12 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 13 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die 2. stellv. Ratsvorsitzende Vollmer entschuldigt fehlt.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hat anliegenden Dringlichkeitsantrag zur Umsetzung des Dangast-Konzeptes eingereicht.

2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Umsetzung des Dangast-Konzeptes Vorlage: 358/2013

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hat mit Schreiben vom 19.09.2013 anliegenden Dringlichkeitsantrag zur Umsetzung des Dangast-Konzeptes gestellt. Über die Dringlichkeit wird gem. § 6 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel abgestimmt. Der Antrag ist auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Dringlichkeit vorliegt und vom Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder anerkannt wird.

Ratsherr Funke weist auf die Begründung des Antrages im Schreiben hin. Zusätzlich untermauert aus seiner Sicht die Dringlichkeit, dass in sehr kurzer Zeit bereits ca. 1.500 Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt wurden. Sollte der Dringlichkeitsantrag heute abgelehnt werden, wird die Fraktion ZUKUNFT VAREL die Aufnahme des Tagesordnungspunktes auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung stellen.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski appelliert an die Ratsmitglieder die Dringlichkeit anzuerkennen. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, besteht die Gefahr, dass dadurch viel Geld verloren geht.

Die Ratsherren Meinen, Bruns und Eilers können die Dringlichkeit des Antrages erkennen und stimmen daher einer Aufnahme auf die Tagesordnung zu.

Beschluss:

Die Dringlichkeit wird gem. § 6 der Geschäftsordnung anerkannt und die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Beschluss des Rates vom 19.06.2013 – Umsetzung des Dangast-Konzeptes“ ergänzt.

Antrag angenommen

Ja: 26

Damit ist die Dringlichkeit anerkannt. Die Tagesordnung wird unter TOP 11.5.1 um den Tagesordnungspunkt „Beschluss des Rates vom 19.06.2013 – Umsetzung des Dangast-Konzeptes“ ergänzt.

Zur Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss wird die Sitzung des Rates von 19.10 Uhr bis 19.30 Uhr unterbrochen.

3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 19.06.2013

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 19.06.2013 wird einstimmig genehmigt.

**4 Einwohnerfragestunde
Vorlage: 363/2013**

Auf Nachfrage eines Bürgers wird ein Auszug der Baugrundbeurteilung zur Hauptdeichverlegung in Dangast, Bereich Meerwasser-Quellbad dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Wagner weist auf Nachfrage eines Bürgers darauf hin, dass die Fragen des Prof. Schweer in der Einwohnerfragestunde der letzten Ratssitzung im Ratsinformationssystem veröffentlicht sind.

**5 Beendigung der Mitgliedschaft des Rats Herrn Walter Langer im Rat der Stadt Varel
Vorlage: 341/2013**

Ratsherr Walter Langer hat durch schriftliche Erklärung vom 29.08.2013 mit Wirkung zur nächsten Ratsitzung am 25.09.2013 auf seinen Sitz im Rat der Stadt Varel verzichtet. Die Erklärung gem. § 52 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG ist am 30.08.2013 beim Bürgermeister eingegangen.

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG stellt der Rat zu Beginn der nächsten Sitzung fest, ob die Voraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG vorliegen. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bürgermeister Wagner dankt Herrn Langer im Namen des Rates für seine langjährige Tätigkeit im Rat.

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Rats Herrn Walter Langer im Rat der Stadt Varel mit sofortiger Wirkung endet, da die Voraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG vorliegen.

Einstimmiger Beschluss

**6 Berufung der Ersatzperson Dirk von Polenz in den Rat der Stadt Varel und förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung
Vorlage: 342/2013**

Ratsherr Walter Langer ist aus dem Rat der Stadt Varel ausgeschieden. Er wurde auf dem Wahlvorschlag von Bündnis 90/Die Grünen durch Personenwahl gewählt.

Erste Ersatzperson des Wahlvorschlages von Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Personenwahl ist Herr Dirk von Polenz. Daher geht gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. § 38 Abs. 2 NKWG der Sitz auf Herrn Dirk von Polenz, Dünenweg 37, 26316

Varel über.

Herr von Polenz hat seine Berufung als Vertreter im Rat der Stadt Varel angenommen.

Bürgermeister Wagner verpflichtet Herrn von Polenz gem. § 60 NKomVG seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. Er belehrt ihn gem. 54 Abs. 3 i. V. m § 43 NKomVG über die ihm obliegenden Pflichten, in dem er auf die §§ 40 und 42 NKomVG hinweist.

**7 Bekanntgabe über die Änderungen der bestehenden Gruppen und Fraktionen im Rat der Stadt Varel
Vorlage: 343/2013**

Bürgermeister Wagner gibt bekannt, dass ihm anliegende Mitteilung gem. der Geschäftsordnung über die zukünftige Bildung der Gruppe BBV-H/M-Grüne zugegangen ist. Die Gruppe besteht ab dem 25.09.2013 aus folgenden 5 Ratsmitgliedern:

Fraktion BBV
- Böcker, Rudolf (Fraktionsvorsitzender)
- Köhler, Bernd (stellv. Gruppenvorsitzender) (stellv. Fraktionsvorsitzender)

Fraktion H/M
- Hinz, Christoph
- Meinen, Djure (Gruppenvorsitzender)

fraktionslos (Bündnis 90/Die Grünen)
- von Polenz, Dirk

**8 Bildung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: 344/2013**

Stellv. Beigeordneter Walter Langer scheidet aus dem Rat der Stadt Varel aus. Die Gruppe BBV-H/M-Grüne benennt als neuen stellvertretenden Beigeordneten Herrn Dirk von Polenz.

Beschluss:

Ratsherr Dirk von Polenz wird als Ersatz für Herrn Walter Langer zum stellv. Beigeordneten benannt.

Einstimmiger Beschluss

**9 Neubesetzung von Ausschüssen der Stadt Varel
Vorlage: 345/2013**

Nach dem Ausscheiden des Ratsmitgliedes Walter Langer und der Neubildung

der Gruppe BBV-H/M-Grüne und werden folgende Ausschüsse neu besetzt:

Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast

Mitglied: Dirk von Polenz für Walter Langer
Vertreter: Rudolf Böcker für Djure Meinen

Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr:

Mitglied: Dirk von Polenz für Rudolf Böcker
Vertreter: Rudolf Böcker für Djure Meinen

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales:

Mitglied: Rudolf Böcker für Walter Langer

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

Mitglied: Dirk von Polenz für Walter Langer

Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel

Vertreter: Dirk von Polenz für Walter Langer

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 71 Abs. 5 NKomVG die geänderte Ausschussbesetzung fest.

Einstimmiger Beschluss

10 Hinzugewählte Ausschussmitglieder für den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales (§ 71 Abs. 7 NKomVG) Vorlage: 346/2013

Der Rat der Stadt Varel hat in seiner Sitzung am 22.03.2012 Herrn René Feldmeier als Vertreter der Jugendarbeit als hinzugewähltes Ausschussmitglied gem. § 71 Abs. 7 NKomVG in den Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales berufen. Mit Schreiben vom 04.09.2013 teilte Herr Feldmeier mit, dass er dieses Amt aufgeben möchte.

Der Stadtjugendring Varel wurde gebeten einen Vorschlag für die Entsendung eines neuen hinzugewählten Ausschussmitgliedes zu unterbreiten. Bis zur heutigen Sitzung des Rates liegt noch kein Vorschlag vor. Daher erfolgt eine neue Berufung erst in der nächsten Sitzung des Rates.

Beschluss:

Herr René Feldmeier, wohnhaft Pillauer Str. 5, 26316 Varel wird mit sofortiger Wirkung als Vertreter der Jugend als hinzugewähltes Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales abberufen.

Einstimmiger Beschluss

11 Berichte und Anträge der Ausschüsse

11.1 Verwaltungsausschuss vom 27.06.2013**11.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 25.06.2013****11.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 201 (Bereich zwischen Hafenstraße und Moorhausener Weg) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 111/2013****Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 26.06.2013 anliegenden Abwägungsvorschläge (zur Auslegung und zur erneuten Auslegung) werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 201 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss**11.2 Verwaltungsausschuss vom 08.08.2013****11.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 30.07.2013****11.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 179, 2. Änderung (Großer Winkelsheidermoorweg/Glockenheide) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 250/2013****Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 30.07.2013 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 179 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss**11.2.1.2 Bebauungsplan Nr. 179 A (Großer Winkelsheidermoorweg/Glockenheide) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 251/2013****Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Pla-

nung und Umweltschutz vom 30.07.2013 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 179 A nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

11.2.1.3 Bebauungsplan Nr. 109, 3. Änderung (Parkplatz Krankenhaus) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 252/2013

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 30.07.2013 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 nebst Begründung (inkl. Berichtigung des Flächennutzungsplanes) wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ratsfrau Weikert war bei der Abstimmung abwesend.

11.2.1.4 Bebauungsplan Nr. 64, 3. Änderung (Wendehammer Georg-Ruseler-Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 253/2013

Beschluss:

Die dem Protokoll des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 30.07.2013 anliegenden Abwägungsvorschläge (Auslegung erneuter Auslegung) werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ratsfrau Weikert war bei der Abstimmung abwesend.

11.3 Verwaltungsausschuss vom 29.08.2013

11.3.1 Wahlvorschläge für die Wahl des Aufsichtsrates der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH Vorlage: 302/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Varel schlägt der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH vor, folgendes Mitglied und Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat zu wählen:

Mitglied: Dirk Brumund

Ersatzmitglied: Jürgen Bruns

Einstimmiger Beschluss

11.4 Verwaltungsausschuss vom 19.09.2013

11.4.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.09.2013

11.4.1.1 Aktualisierung der Windkraftpotenzialstudie für das Stadtgebiet Varel Vorlage: 326/2013

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL lehnt diesen Beschluss ab. Es besteht bundesweit ein großes Interesse an Windkraftenergie, es ist aber aus Sicht des Rats Herrn Dr. Seelig nicht erforderlich, dass es auf Vareler Boden verwirklicht werden muss. Hier werden Flächen von Investoren überplant, die ihnen nicht gehören. Es zeigt, dass das Interesse von Investoren sehr hoch ist, da es sich um einen hochgeförderten Bereich handelt. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL spricht sich dagegen aus, dass Planungen zugunsten von Investoren und zu Lasten der Vareler Bürger durchgeführt werden. Insbesondere hätten sie sich die Vorgabe eines größeren Abstandes zu der Wohnbebauung gewünscht.

Stellv. Ratsvorsitzender Rathkamp hätte sich auch eine größere Abstandsregelung gewünscht, stimmt aber trotzdem der Studie zu. Es ist jetzt wichtig, im Einzelfall bei der Aufstellung der Bebauungspläne auf größere Abstände zu achten.

Beschluss:

Die Windkraftpotenzialstudie wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.09.2013 anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Nein: 6

11.4.2 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 11.09.2013

11.4.2.1 Benennung von Straßen auf dem ehemaligen Kasernengelände Vorlage: 283/2013

Rats Herr Meinen lehnt eine Benennung der Straße nach einem Mann, unabhängig von der Person Karl Nieraad, grundsätzlich ab, solange in Varel ein deutliches Missverhältnis von Straßenbenennungen nach Frauen und Männern vorhanden ist. Ca. 80 Straßen sind nach Personen benannt, davon lediglich 4-5 nach Frauen. Er ist zwar kein Anhänger von starren Quoten, aber solange eine so deutliche Ungleichheit besteht, sollten sich die Männer gedulden. Es besteht bereits eine

längere Liste von Frauen, nach denen Straßen benannt werden könnten. Dabei sollte auch darüber nachgedacht werden evtl. Straßen die nach umstrittenen Männern benannt wurden, z. B. die Hindenburgstraße, umzubenennen. Grundsätzlich begrüßt er den Vorschlag, die Straßen im neuen Baugebiet am Hafen nach Frauen zu benennen, dieses hat aber einen gewissen Beigeschmack, da es sich hier um verhältnismäßig unbedeutende Straßen handelt.

Beschluss:

Die im Zuge der zukünftigen Nutzung des ehemaligen Kasernengeländes entstehenden Straßen sollen nach der bisherigen Nutzung als Kaserne oder nach Personen, die sich für den Bundeswehrstandort verdient gemacht haben, benannt werden.

Die das neu entstehende Kreisdienstleistungszentrum erschließende Straße soll die Bezeichnung Karl-Nieraad-Straße erhalten.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 28 Nein: 2 Enthaltungen: 1 Befangen: 1

Stellv. Bürgermeister Nieraad nahm aufgrund des Mitwirkungsverbotes nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

**11.4.2.2 Verkauf der Obdachlosenunterkünfte Höntjebarg 64 und 66
Vorlage: 332/2013**

Beschluss:

Die Obdachlosenunterkünfte Höntjebarg 64 und 66 in Varel-Winkelsheide, Flurstück 31/76, Flur 18, Gemarkung Varel-Land zur Größe von 1.351 m² werden über einen Immobilienmakler zu einem Mindestkaufpreis von 80.000,- € zum Verkauf angeboten. Sollte sich kein Interessent für diesen Verkaufspreis finden, soll die Immobilie für einen Mindestpreis von 65.000,- € angeboten werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Immobilien je nach Angeboten geteilt oder im Ganzen höchstbietend zu verkaufen und die Kaufabwicklung vorzunehmen. Sämtliche mit dem Kauf verbundenen Kosten übernimmt der Käufer.

Einstimmiger Beschluss

**11.4.2.3 Aufstellung von Kunstwerken im Bereich zwischen Schützenwiese und Innenstadt
Vorlage: 330/2013**

Beschluss:

Der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 11.09.2013 anliegende Vereinbarung zur Schenkung von Skulpturen an die Stadt Varel wird zugestimmt. Zusätzlich zu den beiden Flächen vor dem Rathaus und an der Straße „Am Spülteich“ stellt die Stadt Varel eine weitere Fläche im Bereich des Flurstück 104/11, Flur 3, Gemarkung Varel-Stadt zur Aufstellung einer weiteren Figur Verfügung.

Der Annahme der Schenkung wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

11.4.3 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 16.09.2013

11.4.3.1 Erwerb einer Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG Vorlage: 338/2013

Ratsherr Funke wird dem Beschluss grundsätzlich zustimmen. In der NWZ – Wirtschaftsteil vom 21.09.2013 war zu lesen, dass Bremen und Bremerhaven eine Beteiligung an der SWB anstreben, diese aber inhaltlich von der von der EWE angebotene Beteiligung abweichen soll. Er bittet die Verwaltung, die Unterschiede zu recherchieren.

Ratsherr Meinen wird einer Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG nicht zustimmen, da er es für politischen Unsinn hält. Über eine Beteiligung haben die Kommunen nur sehr geringe Einflussmöglichkeiten. Ziel sollte es daher sein, die Netze langfristig zurück zu kaufen. Grundsätzlich ist er zwar der Auffassung, dass sich Kommunen bei einer wirtschaftlichen Betätigung zurückhalten sollten, hier geht es aber um die Strom- und Gasnetze und diese gehören aus seiner Sicht in staatlicher Hand.

Beschluss:

Die Stadt Varel beteiligt sich an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG in Höhe der Mindestbeteiligung von 10.045,44 EUR. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Verträge zu unterzeichnen und den Kommanditanteil fristgerecht an die Beteiligungsgesellschaft auszus zahlen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 29 Nein: 3

11.4.3.2 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: 340/2013

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL lehnt den Nachtragshaushalt ab, da sie auch den Haushalt 2013 abgelehnt hat. Insgesamt begrüßen sie aber, dass im jetzt vorliegenden Nachtragshaushalt, nicht, wie im ersten Entwurf, eine Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG in Höhe von 1 Mio. € vorgesehen ist. Allerdings lehnen sie weiterhin die Erneuerung einiger Straßen, wie z. B. der Hagenstraße und des Schlossplatzes ab. Darüber hinaus kritisieren sie, wie bereits zum Haushalt 2013, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der Verkauf des Webereigeländes enthalten ist.

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass der Nachtrag notwendig war, weil zunächst eine wesentlich höhere Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG geplant war. Außerdem war es erforderlich die höheren Einnah-

men bei der Gewerbe- und Grundsteuer einzuarbeiten. Diese Mehreinnahmen werden im nächsten Jahr zu erheblichen finanziellen Problemen führen. Das Thema Webereigelände wurde in diesem Jahr nicht angefasst und wird im Zuge der neuen Haushaltsberatungen im Gesamt-Immobilienkonzept nochmals aufgenommen.

Die Fraktion MMW lehnt den Nachtragshaushalt ab, da weiterhin der Verkauf des Webereigeländes enthalten ist. In der Finanzplanung ist der Erlös bereits als Einnahme berücksichtigt. Sie lehnen den Verkauf grundsätzlich ab.

Ratsherr Meinen weist darauf hin, dass er den Haushalt 2013 auch abgelehnt hat und daher ebenfalls den Nachtrag ablehnen wird.

Ratsherr Eilers erläutert, dass der Nachtrag lediglich die außergewöhnlichen Veränderungen im laufenden Haushaltsjahr berücksichtigt. Die CDU-Fraktion wird daher zustimmen.

Beschluss:

Die Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 11.09.2013 anliegenden Fassung beschlossen. Darin eingearbeitet sind die aus dem Beschluss zum Erwerb einer Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG resultierenden Veränderungen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 20 Nein: 12

11.4.4 Anträge an den Rat

11.4.4.1 Änderung der Verordnung der Stadt Varel über Parkgebühren (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 282/2013

Beschluss:

Die als Anlage zum Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19.19.2013 beigefügte Verordnung zur 2. Änderung der Verordnung der Stadt Varel über Parkgebühren (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 27 Nein: 5

11.4.4.2 Wahl der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters gem. § 80 NKomVG; hier: Festlegung des Wahltages

Vorlage: 300/2013

Beschluss:

Der Tag der Wahl der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters wird gem. § 45b

Abs. 2 NKWG auf den 25.05.2014 festgesetzt. Ist eine Stichwahl durchzuführen, findet diese am 15.06.2014 statt.

Einstimmiger Beschluss

11.4.4.3 Änderungsordnung zur Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadt Varel Vorlage: 352/2013

Ratsfrau Dr. Engstler wird sich der Stimme enthalten, da sie das Protokoll des Verwaltungsausschusses erst gestern erhalten hat und sich nicht ausreichend mit der Thematik beschäftigen konnte.

Beschluss:

Die Änderungsordnung zur Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadt Varel wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19.19.2013 anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 31 Enthaltungen: 1

11.5 Verwaltungsausschuss vom 25.09.2013

11.5.1 Beschluss des Rates vom 19.06.2013 - Umsetzung des Dangast-Konzeptes Vorlage: 358/2013/1

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass nach derzeitiger Lage ein Bürgerentscheid zu erwarten ist. In sehr kurzer Zeit wurden bereits fast 1.500 Unterschriften gesammelt. Dieses zeigt, dass in der Bevölkerung eine deutliche Stimmung gegen den Beschluss vom 19.06.2013 vorhanden ist. Diesem Erfolg des Bürgerbegehrens sollte Rechnung getragen werden. Gerade die Kommunalpolitik bietet aus seiner Sicht die Möglichkeit, auf die Stimmung in der Bürgerschaft einzugehen, darunter versteht er Bürgernähe. Wenn dies nicht gewollt ist, sollte klar gesagt werden, dass den Bürgern nur ihre formale rechtliche Beteiligungsmöglichkeit zuerkannt wird. Aus Sicht des Ratsherrn Funke hätte schon mit dem ersten Bürgerbegehren der Rat inne halten und neu überlegen sollen. Es ist wichtig, dass auf das, was die Bürger denken, eingegangen wird. Die jetzt eingereichte Klage ist ein weiteres Signal, dass das Projekt gestoppt werden muss, um abzuwarten, zu welchem Ergebnis das Verwaltungsgericht kommt. Hier gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Ansonsten droht die Gefahr eines finanziellen Verlustes für die Stadt Varel. Unabhängig vom heutigen Antrag kritisiert Ratsherr Funke, dass die Verwaltung den Initiatoren des Bürgerbegehrens keine Hilfestellung formaljuristischer Art geleistet hat.

Die Fraktion MMW unterstützt den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL und plädiert dafür, zunächst die Beschlüsse ruhen zu lassen, bis über die Klage entschieden ist. Aus ihrer Sicht ist es eine Frage der Fairness, wie man mit dem Protest umgeht. Die Klage kann nur Sinn haben, wenn gleichzeitig der Beschluss nicht weiter ausgeführt wird. Stellv. Bürgermeister Chmielewski plädiert daher an die Mehrheitsgruppe, nochmals darüber nachzudenken, ob man gegen den Willen

vieler Bürger den Beschluss durchsetzen möchte. Darüber hinaus glaubt er nicht, dass das Projekt im vorgegebenen Zeitrahmen zu schaffen ist.

Die CDU-Fraktion hat schon lange darauf hingewiesen, dass es ihr erklärter Wille sei, die Probleme in Dangast zu lösen. Dabei ist es ihr Ziel, den Tourismus zu stärken und das Defizit zu senken. Aus Sicht des Rats Herrn Eilers bietet das Taddigs-Konzept eine Möglichkeit, dieser Zielsetzung näher zu kommen. In und über Dangast gibt es viele unterschiedliche Interessenlagen und Vorschläge. Im Arbeitskreis wurde jeder einzelne Punkt in intensiver Diskussion angesprochen. Leider hat die Zusammenarbeit nicht funktioniert, da einige nicht anerkennen wollten, dass Dangast ein Problem hat. Es wird immer viele Interessen für und wider geben, die Entscheidung war daher eine Abwägungssache. Es mussten unangenehme Entscheidungen getroffen werden, sonst steht Varel bald mit dem Rücken an der Wand. Am 19.06.2013 wurde im Rat mit deutlicher Mehrheit der Beschluss für das Konzept gefasst. Jetzt besteht ein enger zeitlicher Rahmen für die Umsetzung. Wenn dem Antrag nun nachgegeben wird, ist das Projekt gescheitert. Zu bedenken ist aber, dass, wenn das Projekt scheitert, die Probleme um das Defizit in Dangast bleiben. Wer sich daher gegen das Konzept ausspricht, muss auch Alternativen bieten.

Das bereits 1.500 Bürger beim Bürgerbegehren unterzeichnet haben, ist für Rats Herrn Eilers ein beeindruckendes Signal. Ihm stellt sich aber die Frage, ob die Bürger auch ausreichend über die Konsequenzen informiert wurden.

Rats Herr Bruns weist darauf hin, dass das Konzept vernichtet wird, wenn heute dem Antrag nachgegeben wird. Es besteht ein enger Zeitraum, der allen seit langem bekannt ist. Die SPD-Fraktion hat sich für eine Zukunft in Dangast entschieden. Das Taddigs-Konzept setzt auf Investition und nicht nur auf Sparen. Ein wichtiger Bestandteil ist, dass das Quellbad durch eine Deicherhöhung gesichert wird. Rats Herr Bruns glaubt an die Umsetzbarkeit des Konzeptes, bisher wurde der Terminrahmen eingehalten. Es ist jetzt wichtig, die nächsten Schritte zügig einzuleiten. In der letzten Ratsitzung hat sich eine eindeutige Mehrheit für die Zukunft entschieden und voran zu gehen.

In Bezug auf die Bürgerbegehren ist es problematisch, dass es jetzt zwei inhaltlich unterschiedliche Begehren gibt. Eines welches beim Verwaltungsgericht anhängig ist und eines zu dem bereits Unterschriften gesammelt wurden. Noch ist unklar, welches Bürgerbegehren weiter verfolgt wird. Aus Sicht des Rats Herrn Bruns sollen in den Bürgerbegehren viele Dinge eingespart werden, die erhaltenswert sind. Es hat den Anschein, dass die Initiatoren nicht inhaltlich etwas bewegen möchten, sondern lediglich darauf abzielen die Planung zeitlich zu verzögern, um das Projekt zum Scheitern zu bringen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass es mehrere Gespräche mit den Initiatoren der Bürgerbegehren gegeben hat. Darin wurde ihnen dargelegt in welche Richtung das Bürgerbegehren gehen muss, damit es zulässig ist. Im Vorfeld des ersten Bürgerbegehrens haben die Initiatoren ihn nicht konsultiert. Nach kommunalrechtlicher Prüfung wurde das erste Bürgerbegehren wegen Unzulässigkeit durch den Verwaltungsausschuss abgelehnt. Aus Sicht des Bürgermeisters sollte sich Varel diese einmalige Chance, hinsichtlich der Förderung, der Deichsicherung und der Neuausrichtung des Tourismus nicht entgehen lassen. Landrat Ambrosy und der Nds. Wirtschaftsminister Lies haben zugesagt, dass sie schnellstmöglich über das Projekt entscheiden werden, da sie es für ein Leuchtturmprojekt für Friesland, sogar für Niedersachsen, halten. Wenn die Stadt Varel jetzt den eingeschlagenen Weg verlässt, kann sie sich aus Sicht des Bürgermeisters Wagner vom Tourismus verabschieden.

Ratsherr Funke stellt klar, dass er dem Bürgermeister nicht unterstellen will, dass dieser nicht mit den Antragstellern gesprochen hat. Seine Kritik bezieht sich darauf, dass, wie in der Presse dargestellt, die Verwaltung keine Hilfestellung geleistet hat. Dabei ist zwischen dem Amt des Bürgermeisters und der Verwaltung zu differenzieren. Das der Bürgermeister nicht hilft, wenn er andere Ziele verfolgt, kann er nachvollziehen, wenn er als Bürgermeister dieses zwar auch anders gesehen hätte. Die Verwaltung hätte aber aus seiner Sicht unterstützen müssen. Ratsherr Funke weist darauf hin, dass der geplante Zeitrahmen schon jetzt nicht eingehalten ist. Das erste Konzept sah den Beginn des Deichbaus bereits für 2012 vor. Ratsherr Funke hätte gerne schriftlich von der Verwaltung, in wie weit Zuschüsse verloren gehen, wenn der Zeitplan nicht eingehalten wird. Er bezweifelt, dass die Darstellung der Verwaltung so richtig ist, denn der Zuschuss des Landkreises ist unbefristet. Aus seiner Sicht tut es keinen Abbruch, wenn jetzt gewartet wird. Bei einer Verzögerung sieht er lediglich die Gefahr, dass weiterhin das Defizit in Dangast in der bestehenden Höhe getragen werden muss. Er sieht daher keine Eile, im Gegenteil, das Risiko, wenn jetzt voreilig gehandelt wird, ist wesentlich höher. Er plädiert daher nochmals für einen Aufschub.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski bestätigt, dass der Zeitplan bislang nicht eingehalten wurde und zukünftig auch nach seinen Erfahrungen nicht eingehalten werden kann. Eine richtige Deichlinie, wie sie eigentlich von Nöten gewesen wäre, um das Quellbad zu schützen, wäre in der Zeitspanne überhaupt nicht machbar. Sollte der Zeitplan nicht eingehalten werden können und dadurch der Zuschuss, der bis zum 31.12. beantragt werden muss, verloren gehen, möchte sich stellv. Bürgermeister Chmielewski auf die Worte der Mehrheitsfraktion, dass dann das Projekt gestorben ist, berufen können. In der Kürze der Zeit wird es sicherlich nicht möglich sein, alle Aufgaben, die noch abgearbeitet werden müssen, noch umzusetzen.

Die Fraktion BBV wird den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL ablehnen, da sie glauben, jetzt auf dem richtigen Weg zu sein. Es ist richtig, in Dangast den Tourismus zu fördern und das Defizit zu senken. Sparen um jeden Preis ist nicht immer eine Alternative, es wurde schon viel gespart, aber das Defizit ist immer weiter angestiegen. Darüber hinaus bedauert er, dass es in der Öffentlichkeit viele falsche Darstellungen zum Konzept wie z. B. „In Dangast kommen Bettenburgen.“ gibt. Jetzt ist es wichtig zu handeln.

Ratsherr Eilers geht davon aus, dass für die Zuschüsse eine Frist bis 2014 besteht. Er fordert Ratsherr Funke auf, zu belegen, dass auch darüber hinaus Zuschüsse gezahlt werden.

Beschluss:

Die Planung und Durchführung der im Nordseebad Dangst auf Grund des Ratsbeschlusses vom 19.06.2013 beabsichtigten Maßnahmen werden solange zurückgestellt, bis ein rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts vorliegt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 12 Nein: 18 Enthaltungen: 1 Befangen: 1

Ratsherr Biebricher nahm aufgrund eines Mitwirkungsverbotes nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

12 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

13 **Anträge und Anfragen**

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 21:20 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)